

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Preis pro Jahrgang 3,00 M., für den Ausland 3,50 M., für den Postbezirk 3,00 M. — Einzelhefte 10 Pf. — Für den Postbezirk 12 Pf. — Die Druckerei 101, Postzeitungsstelle 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 6,00 M., monatlich 2,00 M., beim Abonnement vom Verlag und den Ausgabestellen. Vierteljährlich 17,00 M., monatlich 5,70 M. Bei den Postanstalten Viertelj. 18,00 M., monatlich 6,00 M., ohne Postgeb. Einzelhefte 10 Pf. — Anzeigengebühren: die halbpaltene Nonpareilzeile 1,00 M., im Restamtlich 2,50 M., Vereinskalender Seite 30 Pf. Anzeigen-Nachricht geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 2556 Berlin.

Nr. 191.

Magdeburg, Dienstag den 17. August 1920.

31. Jahrgang.

Hörfing soll gestürzt werden.

Drei Tage lang waren die Verschwörer gegen die Republik betäubt und verstört durch die Explosion der Spigelbombe in Magdeburg. Die Stadtflammen, die dabei aufzuckten, beleuchteten grell das Treiben der „Orgeſch“leute, die sich unter dem Schutze der bayerischen Regierung, der Reichswehrstellen, höchsten Beamten im Reichsministerium des Innern und im preußischen Ministerium des Innern vollständig sicher fühlten. Die Splitter der Bombe haben bisher nur in der allernächsten Nähe des Explosionsortes gewirkt; die Magdeburger Spigel sind zur Strecke gebracht und auch hier in die Affäre verwickelte sozialdemokratische Parteifunktionäre entlassen und aus der Partei ausgeschlossen. Die öffentliche Meinung Deutschlands ist durch den lauten Knall aufgeschreckt und auf die Gefahren, die der deutschen Republik drohen, aufmerksam geworden.

Jetzt sind die „Orgeſch“leute am Werke, ihre Gegenmänner zu legen und alle Kräfte einzusehen,

um den Oberpräsidenten Hörfing zu beseitigen.

Das Reichskabinett hat sich nach einem Berliner Telegramm in einer besonderen Sitzung mit dem „Fall Magdeburg“ beschäftigt, gedrängt durch den Sturm, der gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen tobt und der von einflussreichen Leuten im Reichswehrministerium, im Reichsministerium des Innern und im preußischen Ministerium des Innern entfacht worden ist. Escherich hat in München erklärt, daß er den Festbehandschluß aufnehme. Zunächst läßt er seine Verleumdungsmaschine gegen Hörfing arbeiten. Gift sprühen die Reichswehrstellen wie Schlangen, die in ihrem Versteck aufgestört wurden. Während zischt die Presse der Reaktion und stachelt den „Orgeſch“-Hauptling Escherich zum Widerstand auf, der nichts anderes als

ein bewaffneter Aufruf

sein kann. Genau wie vor dem 18. März den General von Büttwig lobt heute die reaktionäre Presse den Hauptmann Escherich. So schreibt die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“:

Hörfing wird in den nächsten Wochen merken, wieviel Porzellan er zer schlagen hat, das nicht mehr zusammenzukitteln ist. Er sollte sich an das erste Wort des bayerischen Ministerpräsidenten Kahr erinnern, daß Bayern seine Reichstreue gegen jeden Feind von außen beweisen werde, daß es aber nicht gesonnen sei, sich dem verfassungswidrigen Diktat der radikalen Norddeutschlands zu unterwerfen.

Im übrigen ist Forststrat Escherich auch keineswegs der Mann, um vor Preßelärm und Hörfingschen Hysterieerlassen zurückzuweichen. Er ist nicht nur einer der besten Organisatoren des Reiches, sondern auch vielleicht die stärkste Willenskraft, über die wir verfügen. Und er ist stark, weil er nichts für sich will und selbstlos der Sache dient. Er ist der Mann der erfolgreichen Tat neben den Wortmachern. Wenn die Umstürzler ihn deswegen hassen; die Seiner werden um so treuer zu ihm halten.

Das Wort vom „Manne der erfolgreichen Tat“ ist deutlich. Erfolgreich ist Escherich allerdings gewesen, als er auf „unblutige“ Weise die Gegenrevolution in Bayern durchführte und seine Kreaturen an die Stelle der verfassungsmäßigen Regierung setzte.

Das Wort von den „Hörfingschen Hysterieerlassen“ richtet sich aber nicht nur gegen Hörfing, sondern auch gegen Oberpräsident Noske von Hannover, der noch vor Hörfing die „Orgeſch“ verboten hatte, und gegen den preußischen Minister des Innern, Genossen Sebering, der den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg angewiesen hat, auch für seinen Bereich die „Orgeſch“ zu verbieten und aufzulösen. Die Auslassung der „Täglichen Rundschau“ deutet aber auch

auf einen Konflikt in der Reichsregierung

hin, der entstehen muß, wenn deren volksparteiliche Mitglieder versuchen sollten, gemäß der Anschauung der „Täglichen Rundschau“ die „Orgeſch“ zu stillen. Allerdings verbreitet W. L. B. folgende halbamtliche Mitteilung:

Die in der Presse verschiedentlich wiederkehrende Behauptung, die „Orgeſch“ sei von einer Stelle des Reichsministeriums des Innern anerkannt worden, entspricht nicht den Tatsachen.

Wenn die Reichsregierung damit sagen will, daß sie gegen die „Orgeſch“ vorgehen wird, soll es uns freuen. In Widerspruch damit steht aber die Tatsache, daß der Reichsminister des Innern, Koch, versucht, durch Veröffentlichung

des amtlichen Schriftwechsels zwischen ihm und dem Oberpräsidenten Hörfing in der Affäre Schleusingen Hörfing einen Strich zu drehen.

Das Eingreifen des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Kulenkampff von Magdeburg in den Verleumdungsstreit weist ebenfalls darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei im Konfliktfall offen einen „Orgeſch“-Aufstand unterstützen wird. Daran läßt folgendes Telegramm Kulenkampffs an den Reichskanzler kaum noch einen Zweifel:

Oberpräsident Hörfing erläßt unter dem 12. August eine Verordnung, welche die „Orgeſch“ verbietet und Angehörige, Werber und Freunde mit 5 Jahren Gefängnis bedroht, soweit nicht Buchstrafenstrafen verwirkt seien. Die „Orgeſch“ ist seit Monaten der Reichsregierung bekannt und wird als unpolitische Schutzorganisation gebilligt. Ich bezweifle die oberpräsidiale Kompetenz und erhebe Protest.

Kulenkampff ist also über die „Orgeſch“ genau unterrichtet, sicherlich nicht erst seit gestern. Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung klipp und klar ausspricht, was es mit der Behauptung auf sich hat, daß die „Orgeſch“ von ihr anerkannt ist.

Im Reichsministerium sitzen die besten Helfer der „Orgeſch“ und die Haupttreiber gegen Hörfing. Trotzdem der Reichswehrminister wiederholt versichert hat, daß die militärischen Nachrichtenstellen aufgehoben seien, hat die Magdeburger Affäre mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wie sehr der Reichswehrminister hintergangen wird. Offiziell bestehen die Nachrichtenstellen der Reichswehr nicht mehr, im geheimen arbeiten sie aber weiter. In Magdeburg waren die eifrigsten Spigel Reichswehrsoldaten, die von Offizieren sachverständig unterstützt wurden. Es ist festzustellen, daß beim Nachrichtenzug der Reichswehrbrigade 4 eine Kundschafterabteilung besteht. Die verantwortlichen Offiziere haben vergebens versucht, die Kundschafterabteilung zu verlegen. An dieser Tatsache ist nicht zu rütteln, auch wenn noch so viele „Berichtigungen“ in die Welt gejagt werden. Diese Art ist bezeichnend dafür, wie die Anordnungen des Reichswehrministers umgangen werden. Das gleiche gilt für Halle, wo ebenfalls ein Major versuchte, seinen Nachrichtenoffizier zu verlegen. Wie gefährlich die Nachrichtenoffiziere der Reichswehr sind, haben wir in Zittau erlebt. Wir erinnern ferner an die frei erfundene Nachricht der Reichswehrbrigade Magdeburg, in Altenburg sei die Räterepublik ausgerufen worden. Der Reichswehrminister soll sich nicht irremachen lassen, wenn seine Offiziere behaupten, daß der Reichswehr für Nachrichten zwecke gar keine Geldmittel zur Verfügung stehen. In Magdeburg, Halle und Zittau ist erwiesen, daß die Reichswehr auch ohne offizielle Geldmittel Nachrichtenstellen unterhält, den privaten Spigelzentralen Mannschaften und Offiziere zur Verfügung stellt und den privaten Spigeln durch Ausstellung amtlicher Ausweise und Militärfahrtscheine Helferdienste leistet.

Mit Recht sagt das Zentrumblatt „Germania“, daß die Tätigkeit dieser Spigelzentralen, ihre fortgesetzten erfundenen Rutschnachrichten

gefährlicher sind als die Rutsche selbst.

Der Reichswehrminister soll sich nicht täuschen lassen, er sitzt auf einem Pulverfaß, das jede Stunde in die Luft fliegen kann. Er braucht sich nur die Pläne, die in Halle bei der Reichswehr gefunden wurden, anzusehen. Dr. Gehler und der Unterstaatssekretär Stöck sind heute nur wertlose Dekorationstücke, denn jeder Major und jeder Oberleutnant kann es wagen, ihnen auf der Nase herumzutanzten.

Nicht viel anders ist es im Reichsministerium des Innern. Der Staatssekretär Dewald, ein deutschnationaler reinsten Wassers, ist

der eigentliche Herr des Ministeriums.

Der politische Referent, Geheimrat v. Jacobi, ein früherer konservativer Abgeordneter, hält die Verbindung mit der Reichswehr aufrecht und von ihm stammt der Erlaß, welcher den Zivilbehörden jede Durchsuchung in militärischen Räumen unmöglich macht. Von diesen beiden Herren wird jedes Vorgehen gegen die Skapisten systematisch unterbunden. Ihnen ist es zu danken, daß Tausende braver Arbeiter, die in den Märztagen der Regierung zu Hilfe kamen, dafür ins Gefängnis wanderten. Sie stützen die „Orgeſch“

und versuchen alles, um die weitere Aufrollung der Magdeburger Affäre unmöglich zu machen.

Ein Skandal ist es, daß der Staatssekretär Freund im preußischen Ministerium des Innern noch immer im Amt ist. Er hat sich die größte Mühe gegeben, um im März

Anschluß an die Skapleute

zu gewinnen. Wenn es ihm nicht gelang, so nur deshalb, weil Skapp und seine Freunde von dem Juden Freund nichts wissen wollten. Freund hat jenen Erlaß herausgegeben, der den „Orgeſch“-Leuten in Preußen freie Bahn geschaffen hat. Er hat es gewagt, gegen den ausdrücklichen Willen des verantwortlichen Ministers Sebering zu handeln. Eine faule Ausrede ist es, wenn jetzt Freund behauptet, daß nicht er den Erlaß verfaßt habe, sondern der Geheimrat von Priesdorf. Freund ist der vorsichtigste Mann, und Kindern mag er erzählen, daß er einen so wichtigen Erlaß gewissermaßen aus Versehen unterschrieben habe. Ein Staatssekretär, der eine solche Ausrede gebraucht, stellt sich aber selbst das Zeugnis aus, daß er für einen solchen Posten unfähig ist. Bezeichnend für die bestehenden Verhältnisse im preußischen Ministerium des Innern und die guten Beziehungen, welche die Orgeſchleute zu ihm besitzen, ist die Tatsache, daß in den „Orgeſch“-Kreisen ganz Deutschlands der „Orgeſch“-Erlaß des Unterstaatssekretärs Freund schneller bekannt war, als er den amtlichen Stellen zugeht. Die „Orgeſch“-Leute rühmten sich, daß dieser Erlaß ein Erfolg ihrer Bemühungen sei. Für solche Vorkommnisse darf ein sozialdemokratischer Minister die Verantwortung nicht übernehmen. Die Arbeiterenschaft Deutschlands würde es nicht verstehen, wenn sich die Männer ihres Vertrauens in den Ministerien die Sabotage ihrer Untergebenen gefallen ließen.

Die „Orgeſch“ ist zur Nebenregierung geworden.

Wenn die Reichsregierung nicht die Macht und den Willen hat, diese Nebenregierung zu beseitigen, wenn sie vor Escherich kapituliert, so darf sie sich nicht wundern, wenn die Sozialdemokratie ihrerseits den Kampf gegen die „Orgeſch“ und die Regierung, die ihrer nicht Herr werden kann, aufnimmt. Aus den in Magdeburg aufgefundenen Papieren geht klar hervor, daß das Ziel der „Orgeſch“ der Sturz der Reichsregierung ist. Die „Orgeſch“ ist eine Organisation, die nach den Bestimmungen des Reichspräsidenten verboten und deren Mitglieder mit Buchstrafen bestraft sind. Trotzdem können die „Orgeſch“-Leute es wagen, offen auszusprechen, daß sie lieber den Einmarsch der Entente sehen, als daß sie die Waffen gemäß dem Abkommen von Spa abgeben und daß sie jede Regierung stürzen, die dem Willen der „Orgeſch“ sich nicht beugt.

Oberpräsident Hörfing hat sich das Verdienst erworben, die Gefahren aufzudecken, in welchen die deutsche Republik sich befindet. Dafür soll er aus seinem Amt entfernt werden. Hörfing hat getan, was die Arbeiter von einem sozialdemokratischen Beamten erwarten. Reichskanzler Fehrenbach hat bei seinem Regierungsantritt ausgesprochen, daß er Wert darauf legt,

das Vertrauen der Sozialdemokratie zu sichern.

Wenn seine Regierung von der Sozialdemokratie nicht bloß als Plakhalter für Escherichkreaturen angesehen werden soll, muß er den Kampf gegen die „Orgeſch“ aufnehmen, wenn er nicht will, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen ihn aufnimmt.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der Reichstag in Ferien gegangen ist zu einer Zeit, in der Deutschland von den schlimmsten äußern und innern Gefahren umdroht ist. Mit der schärfsten Aufmerksamkeit wird die Sozialdemokratie alle Vorgänge verfolgen. Im Reichstag, dessen sofortige Einberufung wir für notwendig halten, wird

die Regierung Rede und Antwort stehen müssen.

Der Fall Magdeburg ist für die Arbeiterschaft eine Mahnung, sich nicht in Sicherheit wiegen zu lassen und sich nicht auf die Wachsamkeit der Regierung zu verlassen. Die „Orgeſch“-Leute mögen sich aber gesagt sein lassen, daß für sie ein Ueberlassungserfolg, den sie nach dem Muster des 13. März erstreben, nach den Magdeburger Entwürfen ausgeschlossen ist. Wollen Escherich und seine Gefellen den Kampf, so sollen sie ihn haben. Die Arbeiterschaft wird auf die Schanzen steigen. Wie am 13. März. —

